

Vor 65 Jahren: Währungsreform als geheime Kommandosache vorbereitet

WIRTSCHAFT Städtische Behörden bereiteten sich generalstabsmäßig vor

VON ULRICH RÄCKER-WELLNITZ

WILHELMSHAVEN – Zu der schrecklichen Bilanz des Zweiten Weltkriegs gehören Millionen von Toten, Verletzten und Vermissten. Kaum zu beziffern sind daneben die materiellen Schäden, die Zerstörungen an Gebäuden und Einrichtungen der Infrastruktur.

Nahezu völlig zerrüttet waren darüber hinaus die öffentlichen Finanzen, für die auf Reichsmark (RM) lautende Währung konnten die Deutschen in den Jahren nach dem Krieg kaum etwas kaufen. Der Bezug von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen wurde fast ausschließlich über Bezugsscheine und Marken abgewickelt. Von noch größerer Bedeutung war die Zigarettenwährung auf den Schwarzmärkten. Gegen Zigaretten, insbesondere aus amerikanischer Produktion, war nahezu alles zu erhalten.

Den alliierten Besatzungsmächten gelang es bis zum Frühjahr 1948 nicht, sich auf eine gemeinsame neue Währung für alle Besatzungszonen zu verständigen. Deshalb beschlossen die westlichen Alliierten, eine Währungsreform allein für ihre Zonen voranzutreiben.

Unter dem Decknamen „Bird dog“ liefen die Planungen für das neue Geld an, sämtliche Vorbereitungen der gesetzlichen Regelungen und der Umstellungsmodalitäten unterlagen strengster Geheimhaltung. Deutsche Sachverständige bereiteten mit alliierten Währungsexperten hinter Stacheldraht in einer „Konklave“ bei Witzhausen die Währungsreform vor.

Trotzdem kursierten im Frühjahr 1948 Gerüchte über einen bevorstehenden Geldumtausch, ziemlich genau ahnte die veröffentlichte Meinung, dass ein schlagartiger



Eine Deutsche Mark der Erstaussgabe von 1948, noch von den alliierten Militärbehörden ausgegeben.

FOTO: EKKEHART BAALS/WIKIPEDIA

Ersatz am Tag „X“ bevorstand. Zugleich verbanden sich Hoffen und Bangen zu einer skeptischen Mixtur, angeblich drohten der Verlust von Arbeitsplätzen, steigende Preise und eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit.

Am 29. Mai instruierte die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes – der Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zonen, später um die französische Zone erweitert – die Landesernährungsämter vertraulich über die Aufgaben der lokalen Ernährungsämter im Zuge der Währungsumstellung. Per Telegramm wurden deren Lei-

ter zu einer Besprechung in das Landesernährungsamt am 10. Juni nach Oldenburg gebeten, mitzubringen waren Listen der „Kartenstellen mit Angabe der Kartenempfänger und Sammelverpflegten“. Zuvor hatte das Landesernährungsamt in mehreren vertraulichen Erlassen die Verfahrensweisen für den Geldumtausch präzisiert.

Auf der Grundlage der zahlreichen behördlichen Erlasse und Anweisungen, ergänzt um Richtlinien des Städtetages, erarbeitete das städtische Ernährungsamt B unter Leitung des Stadtinspektors Evenburg einen umfassenden Organisationsplan. Zunächst wurde anhand der

Listen über ausgegebene Lebensmittelkarten die Zahl der empfangsberechtigten Personen ermittelt.

An diese sollte in 30 Ausgabestellen, orientiert an den Wahlbezirken, zusätzlich im Ernährungsamt in der Kieler Straße und in dessen Nebenstelle in Federwardergroden Stadt der „Kopfbetrag“ ausgegeben werden.

Eigentlich residierte das Ernährungsamt im Stadthaus, dort nutzte die Stadtverwaltung Räume des ehemaligen Kommandogebäudes, an der Bremer, Ecke Mozartstraße (heute Wasser- und Schifffahrtsamt). Da dort für die Ausgabe zu wenig Platz war, stellte das Arbeitsamt seine Baracke an der Kieler Straße leihweise zur Verfügung.

In einer vertraulichen Sitzung der Verwaltungsspitze mit den Direktoren von Landeszentralbank und Sparkasse sowie den Leitern der beteiligten städtischen Dienststellen am 4. Juni wurde dieser Plan besprochen und die Abläufe festgelegt.

Die Ausgabestellen sollten möglichst mit städtischem Personal, zu dem auch die Sparkassenbediensteten zählten, besetzt werden. Den eigentlichen Umtausch mit Annahme und Ausgabe des Geldes sollte ausschließlich Kassenpersonal der Sparkasse abwickeln.

Der Umtauschvorgang war zu trennen in Einzahlung und Auszahlung, die Ausgabe neuen Geldes sollte nur gegen Vorlage des Einzahlungsbelegs erfolgen. Unter Polizeischutz hatten die Leiter der Ausgabestellen das neue Geld bei der Landesbank abzuholen und per begleitetem Autobus in die Ausgabestellen zu transportieren. Auch diese sollten polizeilichen Schutz erhalten.

Fortsetzung auf Seite 50

Spannung wuchs vor dem Tag „X“

Fortsetzung von Seite 49

Einige Punkte mussten in dieser Sitzung ungeklärt bleiben, hier waren zentrale Vorgaben abzuwarten. Wäre z. B. der 13. Juni zum Tag „X“ erklärt worden, hätten die Angestellten, die ja zum 15. Juni erst ihr Geld überwiesen bekommen, noch nicht über die notwendige Barschaft für den Umtausch verfügen können.

Überall wurde vermutet, dass der berüchtigte Tag „X“ durch Radio einen Tag zuvor bekanntgegeben werden würde. Von daher konnte die Bevölkerung nur durch Lautsprecherdurchsagen über den bevorstehenden Umtausch informiert werden, denn für eine Benachrichtigung über die Tageszeitung oder gar schriftlich hätte die Zeit nicht gereicht. Deshalb bereitete das Ernährungsamt alle Plakate, Vordrucke, Listen, Anforderungen, Abrechnungen und vieles mehr soweit vor, dass nur noch das endgültige Datum eingesetzt werden musste.

Ohne Kenntnis des genauen Tages „X“ erging die Anweisung an die Schulhausmeister, sich am Tage der Währungsumstellung ab 6 Uhr bereitzuhalten, um erforderliches Material für die Ausgabestelle in Empfang nehmen zu können.

Bei der Polizei erfolgte die Anforderung nach Personal zum Schutz der Ausgabestellen und der Geld-Transporte von und zu den Banken. Es



Noch bis 1949 wurden Lebensmittelkarten ausgegeben, um die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen.

FOTO: WZ-BILDDIENST

wurden mindestens 84 Polizeibeamte erbeten, zusätzlich Kriminalpolizei für drei besondere Ausgabestellen. Diese angeforderten Beamten stellten eine Mindestzahl dar, es wurde gebeten, „sie gegebenenfalls zu erhöhen“. Die Instruktionen für die Transportleiter der Geld-Transporte waren ebenso vorbereitet wie die Benachrichtigungen an die benötigten Hilfskräfte.

Ein Fahrplan für die Maßnahmen nach Bekanntgabe des Termins der Währungsumstellung sah als erstes vor, den Lautsprecherwagen zu ordern. Dann war über die Verkehrsgesellschaft die Fahr-

zeugstellung zu sichern und über den Fuhrpark der Transport der Tische in die Ausgabestellen zu veranlassen. Für die Hauptkassierer musste ein PKW von der Feuerwehr bereit gestellt werden, der Seiteneingang des Kommandogebäudes sollte am Ausgabetag ab 5 Uhr geöffnet sein. Schließlich mussten die Kopfquote in die Plakate eingetragen und die Eisentruhen zum Transport des Geldes fertiggemacht werden.

Minutengenau war der Ablauf für den Tag „X“ festgelegt: Um 5.30 Uhr Einweisung der Transportleiter in ihre Aufga-

ben, ab 5.45 Uhr Eintreffen der Polizei zum Transporterschutz. Ab 6 Uhr erfolgte danach die Geldausgabe durch die Landeszentralbank an die Kassenleiter der Bezirke, die sich anschließend auf den Weg dorthin machten. Der nach dem lokalen Zeitplan zwischen 8 und 18 Uhr vorgesehene Umtausch des Geldes ist handschriftlich auf 20 Uhr verlängert worden, angesichts der umfangreichen Vorbereitungen eine Lappalie.

Die Geheimhaltung scheint funktioniert zu haben, legt man die Behandlung des Themas in den städtischen Gremien zugrunde. Erste, eingehende Ausführungen des Oberstadtdirektors über Maßnahmen am Tage der Durchführung und Auswirkungen der Währungsreform auf die Stadt sind im Finanzausschussprotokoll vom 8. Juni 1948 notiert.

Der Rat beantragte im Rahmen der Genehmigung des Berichts des Wirtschaftsausschusses am 16. Juni, die Gewerbetreibenden sollten darauf hingewiesen werden, vor und während der Währungsreform keine Betriebsferien einzulegen. Das Gewerbeamt wurde beauftragt, während dieser Zeit keine Geschäftsschließungen zu genehmigen. Eine telefonische Durchsage der Regierung Oldenburg am 17. Juni forderte von den Verwaltungen, den Betrieb des Groß- und Kleinhandels bis zur Währungsreform offenzuhalten.

Fortsetzung auf Seite 51



Die Mitarbeiter der städtischen Ausgabestelle für Lebensmittelkarten, die Anfang der 50er-Jahre geschlossen wurde.

FOTO: WZ-BILDDIENST

Händler verlangten hohe Preise

Fortsetzung von Seite 50

Auf Ersuchen sollten die Polizeidienststellen dabei Amtshilfe leisten. Am 12. Juni 1948 spekulierte die Nordwestdeutsche Rundschau (NWDRu) auf ihrer Titelseite über den dicht bevorstehenden Termin des Stichtags „X“. Ihre Erkenntnis bezog die Zeitung aus der Tatsache, dass die deutschen Sachverständigen aus der oben genannten Konklave abgereist waren.

Schließlich wurde der Geldumtausch für Sonntag, den 20. Juni, vermeldet. Telefonisch oder per Telegramm ergingen die letzten Anweisungen an die Ernährungsämter für die „Sonderaktion Gertrud“. Auf der Titelseite konnte die NWDRu am 19. Juni endlich das Inkrafttreten der Geldreform verkünden. Diese sollte einheitlich „in den drei Westzonen unter Ausschluß Berlins“ durchgeführt werden.

Rechtliche Grundlage bildete das erste Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz), in dem die wichtigsten Modalitäten geregelt waren. Die neue Währung hieß „Deutschmark“, ihre Rechnungseinheit bildete die deutsche Mark, die in hundert deutsche Pfennig eingeteilt war.

Jedem Einwohner des Währungsgebietes standen als „Kopfbetrag“ bis zu 60 deutsche Mark in bar zu. Das von der Bank deutscher Länder ausgegebene neue Geld sollte in zwei Teilbeträgen zu 40 DM sofort und weiteren 20 DM „innerhalb von 2 Monaten“ im Umtausch „gegen Altgeldnoten... desselben Nennbetrages“ ausgezahlt werden.

Detailliert regelten das Gesetz und die zusätzlichen Verordnungen auch die weiteren Modalitäten für Konten und Sparguthaben, für die Ablieferung des Altgeldes oder für neue Postwertzeichen. Dabei waren die vorgesehenen Tauschquoten für die jeweils Betroffenen von besonderer Bedeutung.

In Wilhelmshaven und andernorts standen die Menschen nach der Ankündigung des Geldumtauschs in langen Schlangen vor den Banken und Sparkassen, um „sich mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung von den letzten (auch äußerlich unansehnli-



Nach der Währungsreform im Juni 1948 füllten sich die Regale in den Geschäften sehr schnell – hier ein Blick in einen „Konsum“ 1952.

FOTO: WZ-BILDDIENST

chen) Scheinen zu trennen.“ Letztmals explodierten auf dem Schwarzmarkt die Preise; „1500 bis 2000 Mark für ein Pfund Tee oder 1200 Mark für Kaffee“ wollte aber kaum jemand anlegen. Bei „achtzehn, zwanzig oder 25 Mark für eine ‚Ami‘“ verkniffen sich selbst passionierte Raucher den blauen Dunst.

Nach der offiziellen Abrechnung des Ernährungsamtes vom 29. Juni wurde in Wilhelmshaven an über 96 000 Personen neues Geld ausgezahlt, damit flossen annähernd 4 Millionen Deutsche Mark in den Wirtschaftskreislauf der Stadt.

Die entstandenen Fehlbrüche bei ausgegebenen DM und vereinnahmten Reichs-

mark bewegten sich im Promille-Bereich. Erklärt wurden sie mit dem großen Andrang während des Umtauschs oder „nicht deutlicher Schrift auf den Auszahlungsbelegen“. Über die Belastung des eingesetzten Personals ist kaum etwas zu erfahren, obwohl der Dienst „erst in den frühen Morgenstunden gegen drei Uhr“ am 21. Juni geendet hatte. Im Protokoll des Wirtschaftsausschuss vom gleichen Tage hieß es zum Punkt „Geldreform“, dass der „Geldumtausch in den einzelnen Ausgabestellen am Sonntag reibungslos vor sich gegangen ist. Der Ausschuss nahm Kenntnis.“

Geradezu euphorisch dürften die Menschen das neue

Geld genutzt haben, zumal urplötzlich bis dahin nicht zu erhaltene Waren in den Auslagen und Geschäften auftauchten. Dazu meldete das Neue Tageblatt am 1. Juli 1948, es gebe „tatsächlich fast „alles“ zu kaufen, jedoch stehen die Preise in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Warenwert“. Jene stiegen rasant, lediglich die Lebensmittelpreise fielen nahezu täglich. Wiederholt mahnte die Presse in den Tagen nach der Umstellung Preissenkungen an.

Entgegen der Ankündigung im Währungsgesetz erfolgte die Auszahlung der zweiten Rate nicht innerhalb von zwei Monaten, sondern erst ein viertel Jahr später. Zwischen dem 8. und 12. September zahlten das zentrale Ernährungsamt und die Nebenstelle Fedderwardergroden an mehr als 33 000 Personen fast 700 000 DM in bar aus, die übrigen Berechtigten erhielten das Geld auf ihre Konten überwiesen.

Obwohl die Ausgabe nach Wahlbezirken gestaffelt vorgenommen werden sollte und die Zeiten der Abwicklung durch Zeitung und Aushänge bekannt gemacht worden waren, bildeten sich an allen Tagen lange Schlangen vor den Ausgabestellen. Und das bereits ab 5.30 Uhr, die Ausgabe begann aber jeweils erst um 8.30 Uhr. Trotzdem erlangte dieser zweite Schritt zur Einführung der neuen Währung bei weitem nicht die Bedeutung des ersten.

Fortsetzung auf Seite 52



Als das Geld wieder etwas wert war, gab es Wurst zum Sattessen – ein Wilhelmshavener Fleischerladen 1952.

FOTO: WZ-BILDDIENST

Wirtschaft nahm langsam Fahrt auf

Fortsetzung von Seite 51

Im Jahresbericht 1948 des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes wird die Währungsreform als das Ereignis des Jahres bezeichnet. Im Großen und Ganzen trat eine Entspannung ein, gleichwohl „entstand in den ersten Wochen ein ziemliches Durcheinander“, da sich Angebot und Nachfrage noch zu finden hatten. Auf dem Ernährungssektor machte sich die neue Währung „in gewissem Umfange belebend bemerkbar. Erhöhte Einfuhren führten zur Steigerung der Ration für

Normalverbraucher, sie betrug im August erstmalig 1806 Kalorien. Auch bei den Brennstoffen gab es „eine erhoffte fühlbare Entlastung“. Jede Familie, „geldlich dazu in der Lage war“, konnte eine Winterbevorratung vornehmen. Das galt ebenso für manche Betriebe, die zum Ende des Jahres „den Winterbedarf eingedeckt“ hatten. Schließlich konnte der Personalbestand dank der Währungsreform vermindert werden, in der Kohlenstelle um fünf und im Ernährungsamt um acht Angestellte, die überwiegend bei

anderen Dienststellen Verwendung fanden.

Nach einem Jahr neuer Währung war die Euphorie der Realität gewichen. Zwar gaben die Wilhelmshavener entgegen gut gemeinter Ratschläge in den ersten drei Tagen nach der Reform fast ein Zehntel der erhaltenen DM-Beträge wieder aus. Aber die steigenden Preise hatten Entlassungen zur Folge, bis Ende 1948 waren 7000 Menschen in Wilhelmshaven arbeitslos. Erstaunlicherweise blieb die Zahl an Firmenkonkursen gering und allein in der Markt-

straße entstanden 27 neue Geschäfte. Andererseits verdienten wenigstens 60 Prozent aller Wilhelmshavener weniger als 200 DM, während der Lebenshaltungsindex mindestens 240 DM betrug. Ganz allmählich aber begannen die Preise zu sinken und die Kreditfreigabe für die Wirtschaft eröffnete einen optimistischen Blick in das zweite DM-Jahr. Langsam aber sicher nahm das Wirtschaftswunder Fahrt auf.

Der Autor leitet seit 2004 das Stadtarchiv Wilhelmshaven.